



**Freiheit - Heimat - Soziale Gerechtigkeit
Informationen für mündige Bürger**

Bankrott!

Regierungspräsidium stoppt verantwortungslose Politik des Landrats

Matthias Wilkes (CDU) hat einen bemerkenswerten Rekord aufgestellt: In seiner ersten Amtszeit als Landrat des Kreises Bergstraße häufte er fast doppelt so viel Schulden an wie alle seine Vorgänger seit 1945 zusammen. 2001 wurde der Schuldenstand noch mit 209,5 Millionen DM angegeben, für Ende 2008 lautet die Zahl 294,1 Millionen Euro (= 575,1 Mio. DM). Dabei gab es bis 2008 keine Wirtschaftskrise, sondern Hochkonjunktur. Nun werden die Schulden noch schneller steigen. Unsere Prognose im KREISREPORT 2007, bis Ende 2010 sei mit einem Schuldenstand von 350 Millionen Euro zu rechnen, war noch zu optimistisch.

Natürlich hat Wilkes mit dem Geld etwas gemacht: Schulen wurden renoviert und erweitert, Mensen und Bibliotheken eingerichtet, der Fremdenverkehr gefördert. Die Frage ist aber, ob man sich alles leisten kann, was schön und wünschenswert ist. Ein Privatmann kann nicht einen Mercedes bestellen, wenn sein Geld nur für einen Polo reicht bzw. er muss anderswo sparen, wenn ihm das neue Auto wichtiger ist. Für Wilkes war das kein Problem; er hat einfach Schulden gemacht. Sparvorschläge der Republikaner insbesondere zu den Kosten der Kreisverwaltung und bezüglich des Missbrauchs von Sozialleistungen wurden abgelehnt. Mehreinnahmen durch eine Erhöhung der von den Gemeinden zu entrichtenden Kreisumlage gab es auch nicht, da der Landrat durch eine solche unpopuläre Maßnahme nicht seine Wiederwahl gefährden wollte. Nun kam die Quittung: Das Regierungspräsidium Darmstadt als Kommunalaufsichtsbehörde wies den Kreis Bergstraße an, die Kreisumlage um zwei Prozentpunkte zu erhöhen.

Die Gemeinden müssen doch zahlen – für Projekte, bei denen sie niemand um ihre Zustimmung gefragt hat. Gleichzeitig wurde der Kreis weitgehend entmündigt, indem ein großer Teil der Ausgaben künftig der Genehmigung des Regierungspräsidiums bedarf oder von vornherein verboten ist. Dies bedeutet insbesondere:

- Neue freiwillige Aufgaben dürfen nicht übernommen werden.
- Gebühren müssen kostendeckend sein.
- Überplanmäßige Aufwendungen bedürfen der Zustimmung des Regierungspräsidiums.
- In der Kreisverwaltung dürfen neue Stellen nur mit Zustimmung des Regierungspräsidiums geschaffen werden.

Wozu brauchen wir eigentlich noch einen hochbezahlten Landrat, wenn alle wesentlichen Entscheidungen in Darmstadt getroffen werden?

Wenn der Kreis wieder handlungsfähig werden will, muss eisern gespart werden. Dabei denkt die Koalition von CDU, FDP und Freien Wählern in erster Linie an die sogenannten „freiwilligen Leistungen“, wie bereits in den Ausschüssen zu hören war. Das heißt:

Vereine und gemeinnützige Einrichtungen werden die Zeche für die Schuldenpolitik des Herrn Wilkes zahlen müssen.

Die Republikaner werden sich um andere Lösungen bemühen und hierzu in den nächsten Kreistagsitzungen Anträge stellen.



Wer sucht der findet

Ein 39-jähriger Somalier, dreifacher Familienvater, Drogen- und Menschenhändler, sowie nicht zuletzt Sozialbetrüger, wurde nach über sechsjährigem Treiben endlich zufällig erwischt. Straßburg, Viernheim und der Kreis Bergstrasse sind dabei die kräftig geschöpften Kommunen. Dagegen in Offenbach: Mütter, die neugeborene Kinder auf dem Standesamt melden und die Kleinen danach anderen Frauen zur Anmeldung überlassen, (natürlich um mehrfach Sozialhilfe zu kassieren)

wurde rasch das Handwerk gelegt. Warum wohl? Stadt- und Landkreis Offenbach haben Ermittlungsgruppen gebildet, die Behörden übergreifend auch ohne konkreten Verdacht tätig werden. So wurden bereits viele Millionen Euro eingespart. Beim Kreis Bergstrasse sieht man hierzu leider keine Veranlassung. Wir bleiben am Ball, denn:
Wer sucht der findet!

Gleichberechtigung für Männer

Wenn von Gleichberechtigung die Rede ist, denkt man meistens nur an Frauen. Das Grundgesetz schützt aber auch Männer vor Benachteiligungen. Im Kreis Bergstraße sind sie eindeutig benachteiligt: Die Kreisverwaltung besteht zu 73 % aus Frauen, im Herbst 2008 wurden in sämtlichen Laufbahnen nur Frauen eingestellt. Dies kann man nicht damit erklären, dass – so ein Abgeordneter der Freien Wähler – Frauen einfach besser seien. Die Republikaner haben deshalb beantragt, dass der Männeranteil in der Kreisverwaltung auf mindestens 33 % erhöht werden soll – eine sicherlich maßvolle Forderung.

Es geht darum, die teilweise absurden Auswirkungen des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes abzumildern, das eine Gleichstellung von Frauen in jeder einzelnen Gehaltsstufe und sogar getrennt nach Angestellten und Beamten verlangt. Das bedeutet: Wenn Frauen in fast allen Gruppen die Mehrheit haben und nur in einer einzigen nicht, werden trotzdem nur sie gefördert und nicht die insgesamt kleine Minderheit der Männer.

Der Antrag wurde von allen anderen Parteien abgelehnt.

Sie wollen etwas bewegen?

> Werden Sie Mitglied in der **DEMOKRATISCHEN RECHTEN**.



Info-Gutschein

Name: _____

Straße _____

PLZ Wohnort _____

E-Post _____

- Ich möchte Mitglied werden
- Ich möchte weitere Infos
- Ich möchte zum Stammtisch eingeladen werden